

## Stellungnahme

# Gegen steigende Preise: entlasten, qualifizieren, investieren

---

Die Inflationsrate in Deutschland ist auf den höchsten Stand seit fast 50 Jahren geklettert. Viele Menschen leiden unter den steigenden Preisen. Auch politisch sind sie ins Zentrum der Debatte gerückt. Dabei geht es vor allem um die Fragen, wie die Inflation effektiv bekämpft und Verbraucherinnen und Verbrauchern geholfen werden können. Aus Sicht der Arbeiterkammer braucht es kurzfristig weitere zielgenaue Entlastungen. Mittelfristig hilft eine Investitions- und Qualifizierungsoffensive, da sie die Angebotsseite stärkt, deutlich besser als eine restriktive Geldpolitik, die auf eine Drosselung der Nachfrage setzt.

### Die hohe Inflation hat zwei Ursachen

Die Ursachen der aktuellen Teuerung sind unumstritten. Zum einen: Der Energiepreisschock, verbunden mit den Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Ukraine, verteuerte nicht nur Energieträger und Kraftstoffe, sondern auch solche Waren und Dienstleistungen, bei denen viel Energie eingesetzt wird. Das heißt, auch die Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und anderen Gütern hängen an den höheren Energiepreisen. Die Verteuerung von Primärenergieträgern wie Öl und Gas treibt die Inflation. Da Energie zur Produktion vieler anderer Dinge gebraucht wird, beschränkt sich die Inflation nicht auf Energie, sondern schlägt auf fast alles andere durch. Heizen oder Tanken steckt – salopp gesprochen – fast überall drin, weshalb vom Brötchen beim Bäcker über Friseurdienstleistungen bis zu Industrieprodukten fast alles teurer wird.

Zum anderen sind – sowohl als Nachwirkung der Corona-Pandemie wie auch resultierend aus dem Krieg in der Ukraine – internationale Lieferketten gestört. Es hat sich gezeigt, wie sensibel globale wirtschaftliche Verflechtungen die Produktionsabläufe gemacht haben. Die in China weiterhin geltenden Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sorgen dafür, dass die Herstellung von Vorprodukten erst allmählich wieder hochgefahren wird oder Schiffe in großen Häfen der Weltwirtschaft nicht gelöscht werden können, was sich in der Warenverfügbarkeit in anderen Teilen der Erde bemerkbar macht. Im Bremer Mercedes-Werk stehen die Bänder immer wieder still, weil Chips aus Asien zum Verbauen in deutschen Autos fehlen. Die Lieferungen von Rohstoffen, Lebensmitteln wie Weizen, aber auch Kabelbäumen aus der Ukraine fallen aus.

Die Ursachen der aktuellen Inflation sind damit gut erklärbar, es sind jedoch andere als in den Lehrbüchern der Volkswirtschaftslehre. Es handelt sich nämlich nicht um eine klassische Überhitzung der Wirtschaft, der durch höhere Zinsen und damit einer Drosselung von Konsum- und Investitionsnachfrage zu begegnen wäre, sondern ist vielmehr durch Schocks auf der Angebotsseite begründet. Diese Diagnose muss auch die Therapie bestimmen.

### **Kurzfristig: zielgenau entlasten**

Die Inflation trifft die europäischen Volkswirtschaften, denn durch gestiegene Importpreise für Energieträger geht Wohlstand verloren. Es ist klar, dass viele Menschen entlastet werden müssen, um über die Runden zu kommen. Sie können sich höhere Preise schlicht nicht leisten. Entlastungen für jeden und jede zu versprechen (oder auch nur zu suggerieren) wäre gleichwohl vermessen. Der Staat kann nicht alle Mehrbelastungen ausgleichen. Umso bedeutender ist es, dass die staatlichen Entlastungsmaßnahmen zielgenau sind und bei denjenigen ankommen, die sie dringend brauchen.

Unter den jüngsten Preisentwicklungen leiden nicht alle gleichermaßen. Es sind vor allem Familien mit geringen Einkommen, die besonders betroffen sind, da sie einen höheren Anteil ihres Geldes für Nahrungsmittel, Haushaltsenergie und Kraftstoffe ausgeben. So fällt die tatsächliche Belastung für sie noch höher aus als die durchschnittliche Teuerungsrate.<sup>1</sup> Die Bundesregierung hat mit zwei Entlastungspaketen reagiert. Die Maßnahmen, die auf den Weg gebracht wurden, weisen in die richtige Richtung. Zwar wurde in Summe die Breite der Bevölkerung adressiert, einkommensschwächere Haushalte profitierten aber am deutlichsten.

Mit dem vorgezogenen Wegfall der EEG-Umlage werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei den Stromkosten entlastet. Der größte Teil des Entlastungsvolumens entfällt jedoch auf Unternehmen. Der einmalige Heizkostenzuschuss hilft Wohngeldbeziehenden, Azubis und Studierenden. Im Bereich der Einkommensteuer wurde der Grundfreibetrag ebenso angehoben wie die Entfernungspauschale für Fernpendler und der Arbeitnehmerpauschbetrag. Dies ist gut für Beschäftigte.

Neben dem viel beachteten Tankrabatt und dem Neun-Euro-Ticket enthält das zweite Entlastungspaket vor allem Direktzahlungen: Einen Kinderbonus in Höhe von 100 Euro, eine Energiepreispauschale von 300 Euro für alle Erwerbstätigen, die in Kürze ausgezahlt wird, sowie für Sozialleistungsbeziehende eine Einmalzahlung in Höhe von 200 Euro und für Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld in Höhe von 100 Euro. Auch wenn Menschen im Ruhestand und Empfängerinnen und Empfänger von Lohnersatzleistungen

---

<sup>1</sup> Vgl. Tober, Silke (Juli 2022): Einkommensschwache Haushalte auch im Juni 2022 besonders belastet. IMK Policy Brief Nr. 127, Juli 2022 sowie vorherige Ausgaben des „IMK Inflationsmonitors“.

damit zu wenig Berücksichtigung finden, sind dies gute Maßnahmen. Dadurch, dass die Energiepreispauschale steuerpflichtig ist und der Kinderbonus mit dem Kinderfreibetrag verrechnet wird, profitieren einkommensschwache Haushalte stärker. Die beiden Entlastungspakete mit einem Gesamtvolumen von etwa 30 Milliarden Euro sind sozial ausgewogen und lindern die Belastung, wo sie am größten ist.

Dies bestätigen auch Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung und des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung – und belegen gleichzeitig, dass es trotz dieser Pakete weiterhin die ärmsten Haushalte sind, die am meisten mit der Inflation zu kämpfen haben.<sup>2</sup> Über weitere Entlastungsmaßnahmen wird daher diskutiert.

Um in der aktuellen Situation zielgenau zu helfen, sind Direktzahlungen der deutlich bessere Weg, als Erleichterungen bei der Einkommensteuer über den Abbau der sogenannten „kalten Progression“. Als solche wird der Anstieg des durchschnittlichen Steuersatzes der Einkommensteuer bezeichnet, der auf Einkommenserhöhungen zurückzuführen ist, die lediglich die Inflation ausgleichen. Steuersenkungen helfen einkommensstarken Menschen am meisten. Benötigt wird Unterstützung aber vor allem bei denen, die gar keine Einkommensteuer bezahlen. Wie Berechnungen der Arbeitnehmerkammer zeigen, läge die Entlastung durch einen vollständigen Abbau der kalten Progression bei einer vierköpfigen Familie mit einem jährlichen Einkommen von 60.000 Euro brutto bei etwa 462 Euro.

Eine Familie mit 200.000 Euro Jahresbruttoeinkommen würde mit 1.464 Euro profitieren. Noch höhere Einkommen können eine Steuerersparnis von 2.610 Euro erreichen. Singles mit 20.000 Euro Bruttoeinkommen im Jahr würden mit 184 Euro entlastet, bei 60.000 Euro läge der Steuervorteil bei 473 Euro, bei einem Jahreseinkommen von 80.000 Euro bei 732 Euro und in der Spitze für Top-Einkommen bei 1.305 Euro.<sup>3</sup> Wer sehr gut verdient, wird stark entlastet, Haushalte mit kleinen Einkommen hingegen oft gar nicht oder nur gering.

Dies zeigt, dass die staatlich eingesetzten Mittel keineswegs dort ankommen würden, wo sie benötigt werden. Denn die Inflation belastet eben am stärksten Haushalte mit geringem

<sup>2</sup> Vgl. Priem, Maximilian et al. (Juli 2022): Folgen der Inflation treffen untere Mittelschicht besonders: Staatliche Hilfspakete wirken nur begrenzt. In: DIW Wochenbericht 28/2022, S. 387–394; Bach, Stefan/Knautz, Jakob (April 2022): Hohe Energiepreise: Ärmere Haushalte werden trotz Entlastungspaketten stärker belastet als reichere Haushalte. In: DIW Wochenbericht 17/2022, S. 243–252 sowie Dullien, Sebastian et al. (Juli 2022): Die Entlastungspakete der Bundesregierung – Ein Update, IMK Policy Brief Nr. 126, Juli 2022.

<sup>3</sup> Siehe hierzu auch: Peters, Tobias (2022): Inflation und mögliche Entlastungswege – Verteilungswirkungen eines Abbaus der „kalten Progression“, Arbeitnehmerkammer Bremen, Discussion Paper, Juli 2022.

## Stellungnahme

Gegen steigende Preise: entlasten, qualifizieren, investieren

Einkommen und insbesondere mit Kindern. Die jährlichen Kosten für derartige Steuersenkungen würden sich gleichwohl auf einen zweistelligen Milliardenbetrag belaufen. Geld, das zielgenauer eingesetzt werden könnte. Der tradierte Mechanismus zur Abschwächung der kalten Progression ist teuer und entlastet vor allem höhere und hohe Einkommen.

Zudem sollten dort, wo ungerechtfertigte Krisengewinne anfallen, diese zusätzlichen Gewinne abgeschöpft werden. Das kann nicht nur ein Beitrag sein zur Finanzierung von nötigen Entlastungsmaßnahmen, es kann auch davon abhalten, im Windschatten der steigenden Energiepreise weiter an den Preisen zu drehen, den fehlenden Wettbewerb in manchen Wirtschaftszweigen auszunutzen und die Gewinnmargen nach oben zu treiben; zum Vorteil der eigenen Aktionärinnen und Aktionäre, aber zulasten der Menschen, die täglich zur Arbeit fahren müssen.

### Engpassfaktor auf der Angebotsseite: Qualifizierung hilft

Die gegenwärtige Inflation ist keineswegs monetär getrieben oder resultiert aus einer überschießenden Nachfrage. Die aktuelle Inflation hat ihren Ursprung in Störungen auf der Angebotsseite. Die Engpässe im Angebot liegen aber nicht nur in der Verfügbarkeit von Rohstoffen und Materialien, sondern vor allem auch an der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften. Wer zur Bekämpfung der Inflation die Angebotsseite stärken will, muss sich deshalb dem womöglich knappsten Faktor auf der Angebotsseite widmen: den Fachkräften. Die fehlen nicht nur in einzelnen Branchen und Berufen, sondern fast überall: in der Pflege und Erziehung, in IT- oder Ingenieurbüros, in der Transportbranche, in Praxen, auf dem Bau – um nur einige zu nennen. Und Fachkräfte fehlen auch für die Klima- und Energiewende. Es gilt deshalb, den „Produktionsfaktor Arbeit“ zu ertüchtigen: durch Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung. Potenziale, die durch unfreiwillige Teilzeit, zu geringe Arbeitsmarktchancen für Frauen, Unterqualifizierung oder Arbeitslosigkeit brachliegen, müssen gehoben werden. Nur so kann der Bedarf an gut ausgebildeten Erwerbstätigen bedient werden. Daran hängt die wirtschaftliche Entwicklung von Deutschland und von Bremen und Bremerhaven. Es ist also nun eine *angebotsorientierte Wirtschaftspolitik modernen Typs* gefordert, die nicht auf die Senkung der Lohnkosten ausgerichtet ist, sondern in den Engpassfaktor auf der Angebotsseite investiert. Der Inflationsdruck wird nur gemindert und der Wohlstand und die Kaufkraft in der Breite der Bevölkerung bewahrt, wenn die Engpässe auf der Angebotsseite überwunden werden. Eine solche angebotsorientierte Wirtschaftspolitik muss dann vor allem heißen: in Beschäftigung und Qualifizierung investieren. Denn Beschäftigte sind jetzt schon die knappe Ressource und werden längerfristig der limitierende Faktor bleiben.

### Inflation als Folge zu geringer Investitionen

Die steigenden Energiepreise treffen die Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die Unternehmen in Deutschland deshalb so hart, weil die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern nach wie vor viel zu groß ist. Wirtschaft, Privathaushalte und Preise hängen stark an Kohle, Öl und vor allem Gas, das zum allergrößten Teil aus dem Ausland importiert wird. Das ist schlecht fürs Klima, es ist aber auch geopolitisch riskant, da es in Abhängigkeiten führt. Es gibt noch keine hinreichenden Alternativen, um die energiepreisgetriebene Inflation abzufedern. Die steigenden Preise für den Import von Energieträgern schlagen auch deshalb so stark durch, weil die erneuerbaren Energien hierzulande nicht rasch genug ausgebaut wurden. Erneuerbarer Strom ist heute schon günstiger zu erzeugen als anderer Strom, steht aber nicht ausreichend zur Verfügung. Auch ist die Technologie noch nicht so weit, wie sie sein könnte, da in der Vergangenheit nicht genug investiert wurde.

Dieser Investitionsrückstand – im privaten wie im öffentlichen Bereich – wird zum dringlichen Problem. Beim Ausbau der Offshore-Windkraft war Deutschland schon einmal weiter, auch eine funktionierende Solarwirtschaft wurde durch schlechte Wirtschaftspolitik leichtfertig verspielt, die industrielle Fertigung von Akkus für Elektroautos kommt in Europa gerade erst in Gang. Fotovoltaik kommt heute aus China – statt einer Vorreiterrolle könnten neue Abhängigkeiten drohen. Beim Wasserstoff, der nächsten heißen Aktie im Energiesektor, darf dies nicht wieder passieren. Es müssen deshalb Investitionen ermöglicht werden statt starr an der Schuldenbremse in der jetzigen Form festzuhalten, die nicht mehr zeitgemäß ist. Der sinnvolle Weg der Kreditfinanzierung darf nicht weiter rigoros verbaut bleiben. Es braucht flexiblere Regeln, um Investitionen und Zukunftsaufgaben wie die Qualifizierung zu finanzieren.

Steigende Zinsen sind deshalb nicht nur ungeeignet, um die Inflation zu bekämpfen. Eine rasche Zinswende in Europa ist sogar ein gefährlicher Irrweg. Denn steigende Zinsen verteuern Investitionen, die dringend gebraucht werden: zum Ausbau erneuerbarer Energien, für eine Qualifizierungsoffensive und nicht zuletzt, um eine ausgewachsene Rezession zu vermeiden.

### Drittes Entlastungspaket statt Forderung nach Lohnzurückhaltung

Die Inflation in Deutschland und Europa ist akut, noch sind die Gründe jedoch klar zu benennen (siehe oben). Es ist verständlich, dass die Europäische Zentralbank Handlungsfähigkeit signalisieren und die mittelfristigen Inflationserwartungen dämpfen will. Die momentanen Preissprünge sind jedoch nicht monetär oder durch gestiegene Nachfrage getrieben. Eine rasche und deutliche Zinswende würde nur Wachstum und Arbeitsplätze kosten, könnte gegen steigende Rohstoffpreise aber kaum etwas ausrichten. Es bleibt also

## Stellungnahme

Gegen steigende Preise: entlasten, qualifizieren,  
investieren

Sache der nationalen Politik, mit der Inflation umzugehen. Ein gemeinsamer Dialog zwischen Staat und Sozialpartnern kann helfen, um die Diskussion zu versachlichen und Handeln **zu** koordinieren. Eine „konzertierte Aktion“ darf allerdings nicht auf Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften abzielen. Die Kaufkraft der Einkommen wird dieses Jahr voraussichtlich sinken, die Gewinne vieler, vor allem großer Unternehmen sind hingegen stabil. Anlass, das Gespenst der Lohn-Preis-Spirale heraufzubeschwören ist also nicht gegeben; vielmehr verstärken sich die über Energiekosten importierte Inflation und steigende Konsumentenpreise gegenseitig. Eine hohe Tarifbindung schützt sogar dagegen, dass mit Preisen auch die Gewinne steigen, während Reallöhne sinken. Hoher Beschäftigungsstand und gute Löhne sind das wirksamste Entlastungsinstrument gegen steigende Preise.

Richtig wäre, wenn der Staat im Rahmen einer „konzertierten Aktion“ verlässliche Zusagen macht, was beispielsweise Investitions- und Transformationspfade angeht, statt primär auf Lohnzurückhaltung zu hoffen. Dafür muss er sich vom strikten Paradigma der Schuldenbremse lösen und stattdessen flexiblere und zeitgemäße Kreditregeln einführen, um verbindliche Summen zum Beispiel für Qualifizierungsmaßnahmen bereitzustellen. Nur dann kann ein solcher Prozess zwischen Sozialpartnern und Politik Sinn ergeben und Wirkung entfalten. Kurzfristig braucht es ein drittes Entlastungspaket, das zielgenau den besonders belasteten Gruppen hilft. Hier haben sich Direkttransfers und die Anpassung von staatlichen Leistungen bewährt. Sie kommen, anders als steuerliche Entlastungen, dort an, wo die Not am größten und Sorgen vor steigenden Preisen akut sind. In der mittleren Frist helfen gegen Friktionen auf der Angebotsseite – und damit zur Bekämpfung von Inflation durch zu geringe (personelle) Kapazitäten – nur Investitions- und Qualifizierungsprogramme.

---

**Dr. Tobias Peters**  
**Referent für Wirtschafts- und Finanzpolitik**

---

**Tel: 0421 36301-986**

---

**[peters@arbeitnehmerkammer.de](mailto:peters@arbeitnehmerkammer.de)**

---